



Teilnehmer der diesjährigen Jugendsession im Bundeshaus – ob ihre Vorschläge tatsächlich umgesetzt werden, ist mehr als fraglich. P. SCHNEIDER/KEY

Die Jugend findet in Bern selten Gehör

Jugendsession 200 Junge haben im Bundeshaus debattiert, doch ihr Einfluss bleibt gering

VON ANTONIO FUMAGALLI

Als Nationalratspräsidentin muss man fast schon ungemütlich viele Pflichttermine wahrnehmen – derjenige von gestern Abend dürfte für Maya Graf (Grüne) aber einer der angenehmeren gewesen sein: Sie traf sich im Nationalratssaal mit den 200 Jugendlichen, die zwischen Donnerstag und Sonntag an der Eidgenössischen Jugendsession 2013 teilgenommen hatten. Kurz vor dem feierlichen Ende nahm Graf die Forderungen entgegen, die die Jugendlichen zuvor ausformuliert hatten. «Deklaration von Tierversuchen auf Produkten», «Gesamtarbeitsvertrag für alle Angestellten» oder «Förderung der Mehrsprachigkeit» stand da zum Beispiel auf den Zetteln.

Jugendlicher Feinschliff

Ob einige der diesjährigen Petitionen tatsächlich den Weg in die politische Diskussion finden, wird sich weisen. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt: Nur wenige Jugendforderungen wurden im Bundeshaus erhört. So beschloss National- und Ständerat im vergangenen Jahr, dass Pokerturniere mit kleinen Einsätzen und Gewinnen auch ausserhalb von Casinos wieder

erlaubt sein sollen; das Justizministerium will den Gesetzesentwurf 2014 präsentieren. Die entsprechende Motion stammte aus der Feder von SVP-Nationalrat Lukas Reimann. Und dieser übernahm die Forderung aus der Jugendsession. «Ich hatte zuvor schon erfolglos einen ähnlichen Vorstoss lanciert. Dank der Diskussion mit den Jugendlichen erhielt sie dann den nötigen Feinschliff», so Reimann, der Ende der Neunzigerjahre Teilnehmer an einer Jugendsession war.

Ähnlich lief es beim Verbot von rassistischen Symbolen: Gestützt auf eine Petition der Jugendsession 2003, erarbeitete die nationalrätliche Rechtskommission eine Motion, der 2005 beide Räten zustimmten. Auch der Bundesrat empfahl zuerst deren Annahme, bevor er 2010 aufgrund von Definitionsschwierigkeiten eine Kehrtwende vollzog und in der Folge von den Räten gestützt wurde. Das Gesetz ging bachab, die Empörung der Juristen verhallte wirkungslos.

Weitere Forderungen aus der Jugendsession – etwa ein schnelleres Asylverfahren für unbegleitete minderjährige Migranten oder das Rauchverbot in öffentlichen Verkehrsmitteln – wurden in den Ge-

setzgebungsprozess aufgenommen. Dennoch ist die Bilanz der Jugendsession, die seit 1991 existiert, auf den ersten Blick ernüchternd: Die allermeisten Petitionen begruben die Räte, ohne überhaupt darüber zu diskutieren – auch weil sie rechtlich keine bindende Wirkung haben. Nur rund

«Das politische Gewicht der Jugendsession ist gering. Da darf man sich keinen Sand in die Augen streuen.»

Evi Allemann, SP-Nationalrätin

zehn Petitionsforderungen wurden in diesen gut zwanzig Jahren in Motionen aufgenommen. «Das politische Gewicht der Jugendsession ist gering. Da darf man sich keinen Sand in die Augen streuen», sagt SP-Nationalrätin Evi Allemann, die 1995 als 17-jährige selbst teilnahm.

Der Zweck der Jugendsession geht aber über den (messbaren) Einfluss von Petitionen hinaus. Die Organisatoren – auch sie sind allesamt noch jung – wollen den 14- bis 21-jährigen

den Berner Politbetrieb so realistisch wie möglich näherbringen, dabei aber auf «übermässige Formalitäten» verzichten. «Viele Teilnehmer haben Spass an der politischen Debatte, sind aber noch kaum organisiert. Denen bieten wir eine Plattform», sagt Damian Vogt, Co-Präsident des Organisationskomitees.

Erst zwei Nationalräte

Eine Taktik, die bei Evi Allemann offenbar gefruchtet hat: «Die Jugendsession war für mich ein Sprungbrett. Mir wurde bewusst, dass man in der Politik nichts erreicht, wenn man sich nicht vernetzt.» Auch Lukas Reimann findet nur wohlwollende Worte: «Unsere Demokratie lebt davon, dass sich alle beteiligen und mitdenken. Da ist es gut, wenn man die Jugend sensibilisiert.»

Fragt sich nur, weshalb mit Allemann und Reimann nur gerade zwei amtierende Nationalräte der «Talentschmiede Jugendsession» entstammen. Organisator Vogt erklärt es sich mit dem Faktor Zeit: «Die meisten Parlamentarier waren bereits zu alt, als die Jugendsession ins Leben gerufen wurde. In zwanzig Jahren werden wir ein ganz anderes Bild haben.»

Verfahren gegen Kathy Riklin

In der Affäre um den entlassenen Titularprofessor und SVP-Nationalrat Christoph Mörgeli hat die Berner Staatsanwaltschaft eine förmliche Strafuntersuchung gegen CVP-Nationalrätin Kathy Riklin eingeleitet. «Es geht dabei um den Verdacht der Amtsgeheimnisverletzung sowie der üblen Nachrede», sagte ein Sprecher der Berner Generalstaatsanwaltschaft der «NZZ am Sonntag». Mörgeli hatte Riklin angezeigt, weil diese in der Wandelhalle des Nationalrats Internas aus dem Universitätsrat zu den umstrittenen Dissertationen am Medizinhistorischen Institut verbreitet haben soll. Riklin bestreitet die Vorwürfe.

Wie die «NZZ am Sonntag» weiter schreibt, kann sich Riklin in der Strafuntersuchung nicht auf die parlamentarische Immunität berufen. Der Präsident der zuständigen nationalrätlichen Immunitätskommission, SVP-Nationalrat Heinz Brand, habe der Staatsanwaltschaft bereits grünes Licht erteilt, da Riklins mutmassliche Delikte in keinem Zusammenhang mit ihrem Nationalratsmandat stehen. (NCH)

Städte kämpfen mit Defiziten

Die Mehrheit der Schweizer Städte dürfte für das Jahr 2014 rote Zahlen veranschlagen. Das zeigt eine Liste der Budgetanträge, die der Städteverband erstellt hat. Von den sechs grössten Städten erwarten Zürich, Bern, Lausanne und Winterthur ein Minus.

Zürich hat ein Defizit von 231,6 Millionen Franken veranschlagt und Bern eines von 1,7 Millionen. Grund des Minus in Bern ist, dass das Stadtparlament für Quartierzentren mehr ausgeben und so den Rückzug des Kantons kompensieren will. Das letzte Wort hat am 24. November das Stimmvolk.

Lausanne schliesslich rechnet mit einem Fehlbetrag von 31,4 Millionen Franken. Auch die Waadtländer Kantonshauptstadt will sich weiterhin dem Sparen und der Kontrolle der Kosten verschreiben.

Die Steuern erhöhen will von den grössten Städten nur Winterthur, und auch ein Sparprogramm ist angekündigt. Winterthur hatte zunächst – mit höheren Steuern – ausgeglichene Zahlen. Grund des Defizits von voraussichtlich 1,3 Millionen Franken ist, dass der Kanton Zürich der Stadt eine beantragte finanzielle Hilfe nicht gewährte. (SDA)

55 Politiker wollen mehr Rechte für Prostituierte

Prostitution Der Skandal im Zürcher Rotlicht-Milieu lenkt die Aufmerksamkeit auf den Umgang mit der käuflichen Liebe. Nicht alle Politiker wollen sie verbieten.

VON RINALDO TIBOLLA

Wie die «Schweiz am Sonntag» berichtete, setzt sich die Berner EVP-Nationalrätin Marianne Streiff-Feller für ein Prostitutionsverbot ein. 42 Nationalräte und Nationalrätinnen von links bis rechts haben dieses Postulat unterzeichnet. Einen diametral anderen Weg, um der Ausbeutung im Sexgewerbe zu begegnen, schlägt Nationalrat Andrea Caroni (FDP/AR) vor: «Er verlangt eine Stärkung der rechtlichen Stellung von Sexarbeitenden. Caronis Postulat haben 55 Politikerinnen und Politiker aus unterschiedlichen Parteien unterzeichnet.

Beide Postulate werden im Rahmen des Berichts behandelt werden, den der Bundesrat bis 2015 zur Bekämpfung des Menschenhandels

zum Zweck der sexuellen Ausbeutung vorlegen muss.

Streiff-Feller spricht sich für ein Verbot nach schwedischem Vorbild aus. In dem skandinavischen Land verbietet ein Gesetz den Kauf sexueller Dienstleistungen. Doch sie fordert vom Bund auch einen Bericht, der zeigen soll, wie durchsetzbar und wirksam ein Prostitutionsverbot ist und was die Folgen für die betroffenen Frauen sind. «Es ist wichtig, dass auch

■ ZÜRICH: POLIZISTEN AN MILIEU-PARTY

Die Korruptionsaffäre bei der Zürcher Sittenpolizei scheint **gravierender** als bisher angenommen. So untersucht die Staatsanwaltschaft auch einen Vorfall, bei dem sich Beamte der Sittenpolizei von Personen aus dem Umfeld des Sexmilieus **zu einem Festgelage überreden liessen**. Das ergaben Recherchen der

«SonntagsZeitung». Demnach hätten Ermittler ihre Kollegen von der «Sitte» vor einigen Wochen am Oktoberfest auf dem Zürcher Bauschänzli beobachtet. **Dort seien die Polizisten zu Gratisbier eingeladen worden**. Bislang waren nur mutmassliche Verfehlungen der Beamten im Zusammenhang mit dem

Nachtclub Chillli's bekannt geworden. An der Einladung zum Oktoberfest soll der Wirt des Zürcher Milieulokals Schweizerdegen beteiligt gewesen sein. Im Gegensatz zu Gratisgetränken in seinem Lokal seien die Polizisten für den Wirt **als Assistenten bei Milieustreitigkeiten aufgetreten**. (ZIM)

den Schweizer Frauen sämtliche Massnahmen prüft», sagte Streiff gegenüber der «Schweiz am Sonntag». Das Prostitutionsverbot ist eine von 23 Massnahmen, die das Bundesamt für Polizei (Fedpol) überprüfen soll.

«Ich bin klar gegen ein Prostitutionsverbot», sagt Caroni auf Anfrage der «Nordwestschweiz». Es sei einerseits ein erheblicher Eingriff in die persönliche wirtschaftliche Entfal-

lungsfreiheit der Sexarbeitenden. Andererseits würde ein Verbot die Prostituierten in die Illegalität drängen.

«Ein legales Gewerbe»
Man müsse aber klar unterscheiden zwischen selbstbestimmter Sexarbeit und dem Menschenhandel, bei dem Frauen zur Prostitution gezwungen werden. «Die Sexarbeit ist in der Schweiz ein legales Gewerbe», schreibt Caroni in seinem Postulat. Trotzdem hätten Sexarbeitende wenig Rechte. Deshalb fordert der Appenzeller FDP-Politiker, dass Verträge mit Prostituierten nicht mehr als «sittenwidrig» betrachtet werden. Damit könnten sie Löhne, welche Freier nicht bezahlen hätten, gerichtlich einfordern. Der Bundesrat teilt diese Position. Das Gesetz wollte er allerdings nicht ändern, weil er davon ausgeht, dass die Gerichte ihre Praxis ändern werden.

Gegen ein Verbot der Prostitution spricht sich auch Rebecca Angelini von der Zürcher Fachstelle für Frauenhandel (FIZ) aus. Es führe nicht dazu, dass Prostitution nicht mehr stattfände, sagte sie kürzlich der «Wochenzeitung».

Steigen Prämien wieder stärker an?

Die Prämien der Krankenkassen dürften nach Einschätzung von CSS-Chef Georg Portmann künftig wieder stärker ansteigen. Einen Prämienstocher werde es aber nicht geben, sagte er in einem Interview der «Schweiz am Sonntag». «Wir hatten bis anhin langfristig einen Kostenanstieg von vier bis fünf Prozent pro Jahr», sagte Portmann weiter. Er glaube nicht, dass die Prämien mittelfristig nur um zwei Prozent steigen würden, wie dies in jüngster Zeit der Fall gewesen sei. (SDA)

INSERAT

Rscan-CG9e2

Bau Holz Energie Messe
bauholzenergie.ch

21. bis 24. November 2013
BERNEXPO Bern

www.bauholzenergie.ch